

5.16 Darüber hinaus kann im Rahmen der Lissabon-Strategie (insbesondere durch Studienurlaube) die Mobilität von Lehrkräften in den EU-Mitgliedstaaten und damit der Austausch von Erfahrungen und Innovationen zur Verbesserung des lebenslangen Lernens gefördert werden.

5.17 Schließlich müssen angemessene und in allen Mitgliedstaaten anerkannte Bildungsindikatoren ermittelt werden, um die Fortschritte zu bewerten und die Bildungssysteme dem gemeinsamen Ziel der Verbesserung der Qualifikationen und des sozialen Zusammenhalts ein Stück näher zu bringen.

Brüssel, den 16. Januar 2008

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts und Sozialausschusses
Dimitris DIMITRIADIS

Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu der Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen „Förderung der Beteiligung junger Menschen an Bildung, Beschäftigung und Gesellschaft“

KOM(2007) 498 endg.

(2008/C 151/14)

Die Europäische Kommission beschloss am 5. September 2007 gemäß Artikel 262 des EG-Vertrags, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss um Stellungnahme zu folgender Vorlage zu ersuchen:

„Förderung der Beteiligung junger Menschen an Bildung, Beschäftigung und Gesellschaft“

Die mit der Vorbereitung der Arbeiten beauftragte Fachgruppe Beschäftigung, Sozialfragen, Unionsbürgerschaft nahm ihre Stellungnahme am 19. Dezember 2007 an. Berichterstatter war Herr TRANTINA.

Der Ausschuss verabschiedete auf seiner 441. Plenartagung am 16./17. Januar 2008 (Sitzung vom 17. Januar) mit 137 Ja-Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen folgende Stellungnahme:

1. Zusammenfassung der Empfehlungen

1.1 Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss teilt die Auffassung, dass eine wahrhaft übergreifende europäische Jugendstrategie erarbeitet werden sollte, und ist bereit, im Rahmen seiner Möglichkeiten einen Beitrag dazu zu leisten, etwa durch direkte Kontakte mit den Basisorganisationen und Sensibilisierung der EU-Institutionen für die Probleme und Lösungen vor Ort.

1.2 Nach Meinung des EWSA sollte die Schaffung einer erfolgreichen, dauerhaften, übergreifenden europäischen Kinder- und Jugendstrategie durch eine permanente Struktur in der Kommission (zur Koordinierung der Arbeit der verschiedenen GD) oder durch eine interinstitutionelle Gruppe unterstützt werden und auf der Einrichtung eines Beobachtungsmechanismus mit klaren Zielen und Fristen basieren.

1.3 Der EWSA ist der Ansicht, dass die Verbesserung der Beschäftigung in der Europäischen Union dabei ansetzen sollte, dass — noch bevor ältere Arbeitnehmer mobilisiert werden — die Beschäftigung junger Menschen massiv verbessert wird. Dies würde nämlich soziologische Auswirkungen (Eigenständigkeit, soziales Leben, Geburtenrate, Familie) und wirtschaftliche Auswirkungen (Wachstum, Sozialbeiträge, Konsum, Spareinlagen, Investitionen z. B. im Wohnungsbau etc.) haben, die weitaus langfristiger in die Zukunft hineinwirken. Er fordert die Mitgliedstaaten und die europäischen Institutionen auf, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu senken, in der Hauptsache durch die raschere und

wirkungsvollere Umsetzung des Europäischen Pakts für die Jugend und der nationalen Reformprogramme der Mitgliedstaaten im Rahmen der Lissabon-Strategie.

1.4 Der EWSA dringt darauf, dass der Situation junger Menschen in ländlichen Gebieten und benachteiligten städtischen Gebieten besser Rechnung getragen wird. Er ruft die Mitgliedstaaten auf, Kinderarmut zu bekämpfen und fordert Maßnahmen, um die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Jugendlichen mit Behinderungen zu fördern.

1.5 Der EWSA empfiehlt, dass die Europäische Kommission bei der Anerkennung der Freiwilligenarbeit von Jugendlichen noch weiter geht, indem sie mit den Interessenvertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Vertretern der formellen Bildungseinrichtungen und den einschlägigen NRO zusammenarbeitet.

1.6 Der Ausschuss wiederholt seine wichtigsten Bemerkungen zur freiwilligen Tätigkeit Jugendlicher. Es geht ihm vor allem um folgende Punkte:

- Die Kommission sollte ein Jahr der Freiwilligen ausrufen und ein Weißbuch über Freiwilligenarbeit und aktive Bürgerschaft in Europa veröffentlichen.
- Die Kommission und die Mitgliedstaaten sollten das Bewusstsein dafür stärken, wie sehr die Jugendarbeit zur Entfaltung junger Menschen sowie zur Entwicklung der Fähigkeiten, Werte und Sichtweisen beiträgt, die Jugendliche durch ihr aktives Engagement in Jugendorganisationen und für die Jugendarbeit erwerben.

1.7 Der Ausschuss rät von unbeständigen und perspektivlosen Lösungen bei der Integration in die Arbeitswelt ab: Man sollte nicht länger auf prekäre Beschäftigungsverhältnisse und immer unsichere Arbeitszeiten und Arbeitsverträge setzen, da sich gezeigt hat, wie diese auf zunehmend jüngere Menschen mit verschiedensten sozialen Hintergründen wirken. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse, die als Zwischenlösung für die Zeit zwischen Abschluss der Grundbildung und dem Eintritt in das aktive Leben angepriesen werden, verzögern lediglich das berufliche Vorankommen und die dauerhafte Übernahme von Eigenverantwortung im sozialen und familiären Bereich, wie bedauerlicherweise den Studien und Beobachtungen der Dubliner Stiftung, der ILO oder des Europäischen Beschäftigungsobservatoriums zu entnehmen ist.

1.8 Weiterhin befürwortet der Ausschuss die Entwicklung eines strukturierten Dialogs zwischen Entscheidungsträgern und Jugendlichen. Ein solcher Dialog würde einen Beitrag zur Entwicklung einer übergreifenden europäischen Jugendstrategie sein, die die Kommission in ihrer Mitteilung anregt. Der Ausschuss begrüßt den Vorschlag der Kommission, alle drei Jahre einen EU-Jugendbericht vorzulegen, und empfiehlt die Einbindung zivilgesellschaftlicher Jugendorganisationen, insbesondere der nationalen Jugendräte, in die Ausarbeitung eines solchen Berichts.

1.9 Der EWSA unterstützt den Aufbau einer starken Partnerschaft zwischen der EU und Jugendlichen, die durch die Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung der europäischen Institutionen und des Europäischen Jugendforums als der Partnerorganisation auf Seite der Jugendlichen bekräftigt werden soll.

2. Einleitung

2.1 Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss setzt sich bereits seit mehr als zehn Jahren mit dem Thema „Jugend“ auseinander. Die Aussagen der jüngsten Stellungnahmen des Ausschusses haben nichts von ihrer Aktualität eingebüßt und können, zumindest in Teilen, auch in die vorliegende Stellungnahme einfließen ⁽¹⁾.

(1) EWSA-Stellungnahme vom 26.10.2005 zur Mitteilung über europäische Politiken im Jugendbereich — Die Anliegen Jugendlicher in Europa aufgreifen — Umsetzung des Europäischen Pakts für die Jugend und Förderung der aktiven Bürgerschaft, Berichterstatterin: Frau VAN TURNHOUT (ABl. C 28 vom 3.2.2006).

EWSA-Stellungnahme vom 13.12.2006 zum Thema „Freiwillige Aktivitäten, ihre Rolle in der europäischen Gesellschaft und ihre Auswirkungen“, Berichterstatterin: Frau KOLLER (ABl. C 325 vom 30.12.2006).

EWSA-Stellungnahme vom 6.7.2006 zur Mitteilung der Kommission „Umsetzung des Lissabon-Programms der Gemeinschaft: Förderung des Unternehmergeistes in Unterricht und Bildung“, Berichterstatterin: Frau JERNEČEK (ABl. C 309 vom 16.12.2006).

EWSA-Stellungnahme vom 12.7.2007 zum Thema „Beschäftigung für vorrangige Bevölkerungsgruppen (Lissabon-Strategie)“, Berichterstatter: Herr GREIF (ABl. C 256 vom 27.10.2007).

EWSA-Stellungnahme vom 14.9.2006 zum Thema „Unionsbürgerschaft: Verbesserung ihrer gesellschaftlichen Wahrnehmung und Wirkung“, Berichterstatter: Herr VEVEŘ (ABl. C 318 vom 23.12.2006).

EWSA-Stellungnahme vom 10.3.2005 zum „Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Durchführung des Programms 'Jugend in Aktion' im Zeitraum 2007-2013“, Berichterstatter: Herr RODRÍGUEZ GARCÍA-CARO (ABl. C 234 vom 22.9.2005).

EWSA-Stellungnahme vom 30.5.2007 zur Mitteilung der Kommission „Eine EU-Strategie zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Verringerung alkoholbedingter Schäden“, Berichterstatterin: Frau VAN TURNHOUT, Mitberichterstatter: Herr JANSON (ABl. C 175 vom 27.7.2007).

EWSA-Stellungnahme zum Thema „Flexicurity (Gemeinsame Grundsätze für den Flexicurity-Ansatz herausarbeiten: Mehr und bessere Arbeitsplätze durch Flexibilität und Sicherheit)“, KOM(2007) 359 endg. Berichterstatter: Herr JANSON, Mitberichterstatter: Herr ARDHE — SOC/283, noch nicht verabschiedet.

2.2 Am 5. September 2007 legte die Europäische Kommission ihre Mitteilung „Förderung der umfassenden Beteiligung junger Menschen an Bildung, Beschäftigung und Gesellschaft“ vor, an deren Ausarbeitung die GD Bildung und Kultur und die GD Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit beteiligt waren. Außerdem wirkten noch weitere Generaldirektionen daran mit. In der Mitteilung wird eine Reihe von Themenkreisen behandelt, darunter Bildung, Beschäftigung, Gesundheit und Bürgerschaft Jugendlicher, wobei der Versuch unternommen wird, eine bereichsübergreifende Perspektive anzulegen. Sie wird von zwei Arbeitspapieren der Kommissionsdienststellen begleitet, und zwar zur Freiwilligenarbeit und zur Jugendarbeitslosigkeit.

2.3 Die Kommission reagiert damit auf die beachtenswerten Untersuchungsergebnisse, die im Bericht *Investing in youth: an empowerment strategy* des BEPA (Beratergremium für europäische Politik) im April 2007 publiziert wurden.

2.4 Grundsätzlich begrüßt der Ausschuss die Herangehensweise der Europäischen Kommission sowohl im Hinblick auf die Art der Ausarbeitung als auch den Inhalt der Mitteilung. Er zeigt sich erfreut, dass mehrere Generaldirektionen an der Ausarbeitung mitgewirkt haben.

2.5 Allerdings stellt sich für den Ausschuss die Frage, wie es um die Umsetzung dieser Pläne bestellt ist, damit eine solche übergreifende Jugendstrategie Gestalt annehmen kann. Die Europäische Kommission macht keine Empfehlungen, auf welchem Weg dieses Ziel erreicht werden könnte. Einer ersten Reaktion des Rates zufolge liegen derzeit auch in keinem Mitgliedstaat dahingehende Pläne vor.

3. Bessere und mehr Bildung für alle jungen Menschen

3.1 Dieses Kapitel ist fast ausschließlich der formellen Bildung gewidmet; doch zum Erwerb der für den Erfolg des lebenslangen Lernens notwendigen Fähigkeiten und Qualifikationen trägt auch die informelle Bildung bei, indem sie die Bestrebungen des Schulsystems flankiert. Sie muss daher ebenfalls berücksichtigt werden.

3.2 Vom Grundsatz her schließt sich der Ausschuss den Vorschlägen zur Verbesserung der Bildungsqualität an, denn hier wird die Linie, die durch die aktuellen Strategien und Dokumente vorgezeichnet ist, weiterverfolgt.

3.3 Auch der Ausschuss ist der Auffassung, dass ein jugendspezifisches Element im „Europass“ als Ergänzung zu „Youthpass“ entwickelt werden sollte, denn letzterer hat nur die Aktivitäten Jugendlicher im Rahmen des Programms „Jugend in Aktion“ zum Gegenstand. Das Spektrum der anerkanntswerten Tätigkeiten Jugendlicher müsste jedoch viel breiter gefasst werden.

3.4 Der EWSA empfiehlt, dass die Europäische Kommission bei der Anerkennung der Freiwilligenarbeit Jugendlicher noch weiter geht, indem sie mit den Interessenvertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Vertretern der formellen Bildungseinrichtungen und den einschlägigen NRO zusammenarbeitet.

3.5 Jugendliche Schulabbrecher sollten die Möglichkeit haben, an informellen Berufsbildungsprogrammen teilzunehmen, die ihnen das notwendige Rüstzeug für das Erwachsenenleben mit auf den Weg geben und sie in die Lage versetzen, sich am Arbeitsmarkt entweder als Beschäftigte oder als Selbständige erfolgreich zu behaupten.

4. Jugend und Beschäftigung: Eine Herausforderung für Europa

4.1 Der EWSA sieht die Jugendarbeitslosigkeit als eine Zeitbombe für die Zukunft Europas und fordert die Mitgliedstaaten und die europäischen Institutionen auf, die notwendigen Schritte zur Verbesserung der Situation zu unternehmen. Diese Maßnahmen sollten vor allem auf einer schnelleren und wirkungsvolleren Umsetzung des Europäischen Pakts für die Jugend aufbauen — hier sind zahlreiche Mitgliedstaaten zum Teil erheblich in Verzug. Gegenwärtig hat der Europäische Pakt für die Jugend eher den Charakter einer Absichtsbekundung als eines tatsächlichen Arbeitsplans.

4.2 In einer früheren Stellungnahme^(?) hatte der EWSA gefordert, die Aufnahme folgender Zielvorgaben in die Reformprogramme der Mitgliedstaaten für die Lissabon-Strategie zu erwägen:

- Festlegung individueller Zielvorgaben für jeden Mitgliedstaat im Hinblick auf eine Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit um mindestens 50 % im Zeitraum 2006-2010 (derzeit liegt die Arbeitslosenquote in der Europäischen Union bei Jugendlichen unter 25 bei 17,4 %); sie liegt in den meisten Ländern oberhalb der Gesamtarbeitslosigkeit und ist in den meisten EU-Ländern mindestens doppelt so hoch wie in der Gesamtwirtschaft;
- Nachbesserungen bei der Zielvorgabe zur Reduktion der maximalen Frist zur Aktivierung Arbeit bzw. Lehrstellen suchender Jugendlicher von sechs auf vier Monate;
- Entwicklung von Systemen der sozialen Sicherung, die es Jugendlichen ermöglichen, Entscheidungen für die eigene Zukunft zu treffen;
- Verringerung der Schulabbrüche um 50 % im Zeitraum 2006-2010 und Förderung von 'Schnupperpraktika' in Unternehmen.

4.3 Der Ausschuss hat unlängst eine Sondierungsstellungnahme zum Thema „Flexicurity“^(?) verabschiedet, die ein guter Ausgangspunkt für künftige Arbeiten zu diesem Thema wäre. Darin wird u.a. festgestellt, dass „junge Menschen in vielen Mitgliedstaaten mit einer unsicheren Beschäftigungssituation konfrontiert [sind], die sich durch hohe Arbeitslosigkeit, befristete Arbeitsverträge, ungenügende soziale Absicherung und Arbeit unter dem Qualifikationsniveau auszeichnet“.

4.4 Obschon soziale Instabilität bislang als typisch und charakteristisch für einen bestimmten Lebensabschnitt — die Jugend — angesehen wurde, betrifft sie nun weite Kreise der Jugendlichen in Europa und der Welt immer stärker. Sie sind prekären Beschäftigungsverhältnissen und materiellen Schwierigkeiten ausgesetzt, wovon man sich bei der Lektüre der letzten Berichte der ILO überzeugen kann. Es ist zudem Sache der Elterngenerationen, sich darüber Gedanken zu machen, welche Zukunft sie den Nachgeborenen hinterlässt.

4.5 Schon bei früheren Gelegenheiten hatte der EWSA die „Förderung junger Existenzgründer in finanzieller und materieller Hinsicht sowie durch Beschränkung des bürokratischen Aufwands bei der Unternehmensgründung“ gefordert. Deshalb ist der EWSA an dem vorgeschlagenen Pilotprojekt interessiert,

(?) EWSA-Stellungnahme vom 26.10.2005 zu der Mitteilung der Kommission: „Die Anliegen Jugendlicher in Europa aufgreifen — Umsetzung des Europäischen Pakts für die Jugend und Förderung der aktiven Bürgerschaft“, Berichterstatterin: Frau VAN TURNHOUT (ABl. C 28 vom 3.2.2006).

(?) EWSA-Stellungnahme zum Thema „Flexicurity (die Dimension der internen Flexibilität — Tarifverhandlungen und sozialer Dialog als Instrumente der Arbeitsmarktregulierung und -reform)“, KOM(2007) 359 endg. Berichterstatter: Herr JANSON, Mitberichterstatter: Herr ARDHE — SOC/283, noch nicht verabschiedet.

durch das die Mobilität junger Unternehmer gefördert werden soll.

4.6 Was die Kommissionsinitiative in Sachen Praktika anbelangt, so teilt auch der EWSA die Auffassung, dass ein europäischer Qualitätsrahmen für Praktika eingeführt werden müsste, für den auch bei den Unternehmen geworben werden sollte, damit sich diese an dessen Prinzipien halten und klare Verträge mit Jugendlichen schließen. Gegenwärtig werden jugendliche Praktikanten nicht selten als billige Arbeitskräfte genutzt, wodurch ihnen die Möglichkeit, etwas für ihre künftige Arbeit zu lernen und sich darauf vorzubereiten, vorenthalten wird.

4.7 Im Einklang mit dem Vorschlag der Kommission, durch den die Mitgliedstaaten ermutigt werden, nationale Politiken und EU-Mittel zu nutzen, um den Übergang junger Menschen vom Bildungswesen ins Arbeitsleben zu unterstützen, fordert der EWSA die Mitgliedstaaten auf, den Verwaltungsaufwand zu reduzieren, der bei der Beantragung von EU-Geldern anfällt, da dieser die Möglichkeiten der Jugend-NRO schmälert, von dieser Art der Finanzierung zu profitieren. Die Vorfinanzierung von NRO-Projekten könnte ebenfalls ein Beitrag zur Verbesserung der Erfolgchancen ihrer Projekte sein.

5. Das Potenzial aller umfassend nutzen

5.1 Der EWSA dringt darauf, dass der Situation junger Menschen in ländlichen Gebieten und benachteiligten städtischen Gebieten besser Rechnung getragen wird. In vielen ländlichen Gebieten und benachteiligten städtischen Gebieten haben die Jugendlichen kaum Zugang zu guten Bildungs- und Ausbildungsstätten, Mobilität, Gesundheitsfürsorge, Freizeiteinrichtungen oder Beschäftigungsmöglichkeiten und auch kaum eine Gelegenheit, sich in der Zivilgesellschaft zu engagieren.

5.2 Der Ausschuss fordert die Mitgliedstaaten auf, mehr zur Bekämpfung der Armut von Kindern und Jugendlichen zu tun, denn diese zieht für die Betroffenen weite Kreise in Bereichen wie Gesundheit und Bildung und hat selbst auf die künftigen „Lebenschancen“ eines Kindes, aus der Armutsspirale auszubrechen, erhebliche Auswirkungen.

5.3 In der Stellungnahme wird der grundlegende Zusammenhang, der zwischen Umfang und Niveau der Tagesbetreuung von Kindern sowie den späteren schulischen Leistungen und einem erfolgreichen Berufsleben besteht, nicht thematisiert. Der EWSA empfiehlt, entsprechend den Zielen der Lissabon-Strategie die Bedeutung der Tagesbetreuung von Kindern als Vorbereitung auf die Schule und auf ein selbstständiges Leben sowie als Instrument für die gesellschaftliche Integration und das Aufholen von Rückständen hervorzuheben.

5.4 Der EWSA mahnt zusätzliche Maßnahmen an, um die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen, die besondere Bedürfnisse haben, benachteiligt sind oder mit Behinderungen leben, zu fördern: sie sollen gleichberechtigt an den Maßnahmen im Rahmen des Programms Jugend teilnehmen können und einen gleichberechtigten Zugang zu Informationen über Jugendpolitik, Projekte im Jugendbereich und Sensibilisierungsmaßnahmen haben.

5.5 In Bezug auf die Bedeutung von Gleichstellungsfragen schließt sich der Ausschuss der Analyse der Kommission an. Allerdings bedauert er, dass in der Mitteilung keine neuen Vorschläge für Maßnahmen gegen stereotype Geschlechterrollen unterbreitet werden.

5.6 Der EWSA hat die Kommission bereits ersucht, Maßnahmen für die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ins Auge zu fassen und insbesondere einen ausgewogenen Lebensstil zu fördern:

- Der Ausschuss hatte eine kollektive Einbeziehung Jugendlicher in die EU-Plattform für Maßnahmen zugunsten einer gesunden, ausgewogenen Ernährung und körperlicher Bewegung gefordert.
- Mit Sorge sieht der Ausschuss die Zunahme des schädlichen, riskanten Trinkens bei jungen Erwachsenen und Kindern in vielen Mitgliedstaaten in den letzten zehn Jahren, insbesondere die heftigen gelegentlichen Alkoholexzesse („Koma-Trinken“).
- Bedenklich aus der Sicht des Ausschusses sind ebenso Geschäftspraktiken, Mischungen aus Alkohol und Erfrischungsgetränken in Dosen zu verkaufen, um Jugendliche an einen regelmäßigen Alkoholkonsum heranzuführen.
- Der Ausschuss dringt auf ein verstärktes Vorgehen gegen die verschiedenen Formen von Gewalt gegen Kinder und Jugendliche sowie auf bessere Information und Ausbildung in Sachen Vorbeugung und Handhabung.

5.7 Im Geiste der „Solidarität zwischen den Generationen“, die in den jüngsten Stellungnahmen des Ausschusses ⁽⁴⁾ ange-mahnt wird, ist es notwendig, die Solidarität mit den Jugendlichen in die bereichsübergreifenden horizontalen Politiken mit einzubinden, jedoch im Geiste der Zusammenarbeit und der Solidarität mit den anderen Altersgruppen in der Zivilgesellschaft — Kindern, Erwachsenen und alten Menschen.

5.8 Aus diesem Grunde begrüßt der Ausschuss, dass die Kommission eine neue Gesundheitsstrategie vorlegt.

6. Aktive junge Bürger

6.1 Die aktive Teilnahme Jugendlicher ist ein Anliegen, das der EWSA durchgängig in seinen Stellungnahmen sowie durch sein Angebot zur Mitwirkung an der Europäischen Jugendwoche 2007 gefördert hat.

6.2 Der EWSA hatte in einer früheren Stellungnahme die Bedeutung der aktiven Beteiligung und Selbstbestimmung junger Menschen in der Gesellschaft insgesamt betont und dazu folgende Empfehlungen ausgesprochen:

- Junge Menschen sollen in den Mittelpunkt dieses Rahmens gestellt und dazu angeregt werden sowie die Gelegenheit erhalten, sich mit all ihren Ausdrucksmöglichkeiten aktiv an der Politikgestaltung zu beteiligen.
- Die Mitgliedstaaten und die Institutionen müssen die nötigen Mittel und Verfahren sowie die erforderliche Unterstützung bereitstellen, um es Jugendlichen auf allen Ebenen zu erleichtern, an Entscheidungen und Maßnahmen mitzuwirken, die ihr Leben beeinflussen. Nur wirkliche Einflussnahme kann zur Übernahme echter Verantwortung führen.
- Der EWSA fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, junge Menschen und Jugendorganisationen an der Politikgestaltung und -umsetzung partnerschaftlich mitwirken zu lassen und weiterhin auf ihre Einbeziehung in allen Phasen hinzuwirken.

⁽⁴⁾ Initiativstellungnahme vom 16.12.2004 zum Thema „Beziehungen zwischen den Generationen“, Berichterstatter: Herr BLOCH-LAÏNÉ (ABl. C 157 vom 28.06.2005).
EWSA-Stellungnahme zum Thema „Die Solidarität zwischen den Generationen fördern“, Berichterstatter: Herr JAHIER (CESE 1711/2007 — SOC 277). Verabschiedet auf der Plenartagung vom 12./13. Dezember 2007.

- Jugendliche, Jugendorganisationen und die Sozialpartner müssen zu der Frage gehört werden, wie Maßnahmen zur Umsetzung dieser Initiative im Rahmen der nationalen Lissabon-Reformprogramme entwickelt werden und Folgemaßnahmen zu deren Umsetzung aussehen sollten.

6.3 Der EWSA würde es begrüßen, wenn der Teil der Mitteilung, in dem es um die freiwilligen Aktivitäten junger Menschen geht (Ziffer 5.2), kraftvoller und weniger allgemein formuliert würde. Der Ausschuss bedauert, dass keine seiner Empfehlungen aus seiner Sondierungsstellungnahme ⁽⁵⁾ berücksichtigt wurde.

6.4 Daher wiederholt der Ausschuss seine Hauptanliegen hinsichtlich dieses Themenfelds:

- Auf europäischer Ebene sollte eine Charta verabschiedet werden, in der die Rolle der Freiwilligenorganisationen mitsamt ihren Rechten und Pflichten festgelegt wird.
- Die Kommission sollte ein Jahr der Freiwilligen ausrufen und ein Weißbuch über Freiwilligenarbeit und aktive Bürgerschaft in Europa veröffentlichen.
- Die Mitgliedstaaten sollten rechtliche Rahmenbedingungen ausarbeiten, die ein Recht auf Freiwilligenarbeit unabhängig vom jeweiligen rechtlichen oder sozialen Status des Einzelnen vorsehen und Regelungen im Versicherungsbereich und die Erstattung von Unkosten enthalten.
- Die Kommission und die Mitgliedstaaten sollten das Bewusstsein dafür stärken, wie sehr die Jugendarbeit zur Entfaltung junger Menschen sowie zur Entwicklung der Fähigkeiten, Werte und Sichtweisen beiträgt, die Jugendliche durch ihr aktives Engagement in Jugendorganisationen und für die Jugendarbeit erwerben.
- Die EU sollte besonders um eine bessere Anerkennung der durch freiwillige Tätigkeiten erworbenen Befähigungen bemüht sein.

6.5 Der EWSA unterstützt den Aufbau einer starken Partnerschaft zwischen der EU und Jugendlichen in Form einer gemeinsamen Erklärung der europäischen Institutionen und des Europäischen Jugendforums als der Partnerorganisation auf Seite der Jugendlichen, die im Jahresverlauf unterzeichnet werden soll. Er stellt mit Zufriedenheit fest, dass das Europäische Jugendforum „darauf bedacht ist, über angemessene Maßnahmen und Werkzeuge gemeinsam mit den Partnern nachzudenken, um sicherzustellen, dass die Meinungen, insbesondere der benachteiligten Jugendlichen, Gehör finden und im Rahmen dieses Prozesses berücksichtigt werden können“ ⁽⁶⁾.

6.6 Weiterhin befürwortet der Ausschuss die Entwicklung eines strukturierten Dialogs zwischen Entscheidungsträgern und Jugendlichen. Ein solcher Dialog wäre ein Beitrag zur Entwicklung einer übergreifenden europäischen Jugendstrategie, die die Kommission in ihrer Mitteilung anregt. Zu diesem Zweck schlägt der EWSA eine Aussprache vor, zu der alle relevanten Generaldirektionen der Kommission, Vertreter des Rats und des Europäischen Parlaments sowie der Jugendzivilgesellschaft zusammengerufen werden könnten, um einen gemeinsamen Plan zu erarbeiten, mit der die Jugendthematik bereichsübergreifend behandelt werden könnte. Der EWSA sieht einen solchen

⁽⁵⁾ EWSA-Stellungnahme vom 13.12.2006 zum Thema „Freiwillige Aktivitäten, ihre Rolle in der europäischen Gesellschaft und ihre Auswirkungen“, Berichterstatterin: Frau KOLLER, Mitberichterstatterin: Frau EULENBURG (ABl. C 325 vom 30.12.2006).

⁽⁶⁾ Reaktion des EJP auf die Mitteilung der Europäischen Kommission, 7.4.2007.

gemeinsamer Plan als einen konkreten Schritt, um den Forderungen der Jugendlichen und der Jugendzivilgesellschaft nachzukommen, die im März 2007 auf dem EU-Jugendgipfel in Rom geäußert wurden.

6.7 Bei einem strukturierten Dialog mit den Jugendlichen sollten auch die bereits vorhandenen Mittel, namentlich die an Jugendliche gerichteten Veranstaltungen der EU-Präsidentschaften und der Europäischen Jugendwoche, wirkungsvoll genutzt werden. Allerdings müssen diese Veranstaltungen auch für Diskussionen über den Fortschritt der übergreifenden europäischen Jugendstrategie genutzt werden; auch sollten ihre schriftlichen

Ergebnisse mit diesem Fortschritt verknüpft werden. Es geht nicht darum, neue Deklarationen zu verfassen — das Rad muss nicht dauernd neu erfunden werden.

6.8 Der EWSA begrüßt den Vorschlag der Kommission, alle drei Jahre einen EU-Jugendbericht vorzulegen. Ein solcher Bericht sollte mit der übergreifenden Jugendstrategie und ihren Zielen verbunden und mit klar definierten Indikatoren für Erfolg oder Misserfolg versehen werden. Die Einbindung der Jugendzivilgesellschaft, insbesondere der nationalen Jugendräte, in die Ausarbeitung eines solchen Berichts ist zu gewährleisten.

Brüssel, den 17. Januar 2008

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Dimitris DIMITRIADIS

ANLAGE

zur Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Folgender Änderungsantrag, auf den über ein Viertel der abgegebenen Stimmen entfiel, wurde im Verlauf der Beratungen abgelehnt (Artikel 54 Absatz 3 GO):

Ziffer 6.3

Text wie folgt ändern:

„Der EWSA würde es begrüßen, wenn der Teil der Mitteilung, in dem es um die freiwilligen Aktivitäten junger Menschen geht (Ziffer 5.2), kraftvoller und weniger allgemein formuliert würde. Er ruft in Erinnerung, dass ‚Freiwilligenarbeit‘ nicht mit ‚Wohltätigkeit‘ gleichzusetzen ist und auch freiwillige Tätigkeiten entlohnt werden können ⁽¹⁾. Der Ausschuss bedauert, dass keine seiner Empfehlungen aus seiner Sondierungsstellungnahme berücksichtigt wurde.“

Abstimmung

Ja-Stimmen: 17 Nein-Stimmen: 30 Stimmenthaltungen: 15

⁽¹⁾ EWSA-Stellungnahme vom 13.12.2006 zum Thema Freiwillige Aktivitäten, ihre Rolle in der europäischen Gesellschaft und ihre Auswirkungen, Berichterstatterin: Frau KOLLER, Mitberichterstatterin: Frau EULENBURG (ABl. C 325 vom 30.12.2006).